

Lediglich die christlichen Kirchen auf beiden Seiten haben in dieser Frage ein unzweideutiges Bekenntnis zur Vergebung und Versöhnung gesetzt: die katholischen Bischofskonferenzen Deutschlands und der Tschechischen Republik mit einer gemeinsamen Erklärung (vgl. HK, April 1995, 170), die Evangelische Kirche in Deutschland und die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder durch den Austausch von Versöhnungsbotschaften.

Zurück zum Erzbischöflichen Palais am Prager Hradschin:

Die Sicherung und Restaurierung, die an die drei Jahre dauern dürfte, wird von staatlicher Seite kräftig unterstützt. Danach soll ein Teil des Gebäudes im Gegensatz zu bisher öffentlich zugänglich sein und eine Auswahl jener Kunstschätze präsentieren, die im Besitz der Erzdiözese sind. Bis dahin wird ein Teil der Kostbarkeiten, u. a. wertvolle Tapisserien, im Ausland gezeigt. Fazit eines verschmitzten Kirchenmannes: Der Staat kann eine Kirche – gewollt oder ungewollt – auf den Weg der Öffnung bringen. *Josef Pumberger*

„Nicht abseits stehen“

Ein Gespräch mit Heidrun Tempel, Leiterin des Brüsseler Büros der EKD

In diesen Tagen beginnt in Turin die Regierungskonferenz der Europäischen Union zur Revision des Vertrags von Maastricht. Die Kirchen sind in den Prozeß der europäischen Einigung in verschiedenster Weise involviert und versuchen ihre Anliegen und Gesichtspunkte bei den Organen der EU zur Geltung zu bringen. Wir sprachen darüber mit Oberkirchenrätin Heidrun Tempel, die das Brüsseler Büro der Evangelischen Kirche in Deutschland leitet. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Frau Tempel, für die Europäische Union steht zur Zeit viel auf dem Spiel, vom Fahrplan für die Währungsunion über die Modalitäten der Erweiterung nach Osten bis zu institutionellen Reformen im Interesse einer besseren Funktionsfähigkeit. Besteht in einer so heiklen Situation in den Institutionen und Gremien der EU überhaupt Interesse für die speziellen Anliegen und Beiträge der Kirchen?

Tempel: Wichtig ist zunächst, daß sich die Kirchen selber darüber im klaren sind, welche grundlegenden Entscheidungen für Europa in den nächsten Jahren anstehen. Es geht um das, was in Brüssel „Agenda 2000“ heißt. Dazu gehören neben den Punkten, die Sie genannt haben, noch die Frage der künftigen Finanzierung der Union, das sogenannte „Santer-I-Paket“, und die Entwicklung der Westeuropäischen Union als europäischem Arm der Verteidigung. Die Kirchen müssen mehr als bisher wahrnehmen, wie sich die Horizonte um uns herum verändern, was an ethischen und gesellschaftlichen Herausforderungen auf die Menschen zukommt. Sicher haben die Kirchen auch institutionelle Interessen, die sie im europäischen Kontext vertreten müssen. Aber primär muß es ihnen doch um die Fragen gehen, die nicht nur Christen, sondern alle Menschen in Europa umtreiben.

HK: Im Blick auf „Brüssel“ herrschen bei vielen Menschen heute Skepsis, Besorgnis oder sogar massive Ängste vor. Auch in den Kirchen wird Europa häufig eher als Bedrohung denn als Chance und positive Herausforderung wahrgenommen, in Deutschland auch wegen möglicher Auswirkungen auf das eingespielte Verhältnis von Staat und Kirche. Wie läßt sich dem gegensteuern?

Tempel: Die Vorstellung einer Bedrohung durch Europa ist entstanden, als man auch in den Kirchen in Deutschland wahrnahm, daß die Europäische Gemeinschaft in bestimmten Rechtsbereichen Kompetenzen hat, vor allem im Zusammenhang mit der Einführung des Binnenmarktes und dem damit verbundenen Rechtsprogramm. Die Gemeinschaft hat keine Kompetenzen im Verhältnis von Staat und Kirche und im Bereich der Religionsfreiheit; wohl aber ergeben sich für die Kirchen Konsequenzen aus dem sekundären Gemeinschaftsrecht, etwa beim Datenschutz, beim Arbeitsrecht oder bei den Mitbestimmungsregelungen. Bei der Behandlung solcher Fragen im europäischen Kontext nimmt Deutschland aufgrund seines Staat-Kirche-Verhältnisses eine Sonderrolle ein. Es ist unsere Pflicht, hier die deutschen Besonderheiten zu verdeutlichen und als Teil der nationalen Identität verständlich zu machen. Aber die Aktivitäten der deutschen Kirchen auf europäischer Ebene dürfen nicht den Anschein erwecken, ihnen gehe es einzig und allein um bestimmte Partikularinteressen. Es kommt viel mehr darauf an, daß sich die Kirchen in die allgemeine politische Diskussion innerhalb der europäischen Institutionen einbringen.

„Die Kirchen werden nicht per se privilegiert behandelt“

HK: Welche Themen stehen dabei oben auf der Tagesordnung? Wo sind die Kirchen heute bei Entwicklungen und Regelungen auf europäischer Ebene besonders gefordert?

Tempel: Ein wichtiger Bereich sind sicher die Fragen im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden Informationsgesellschaft. Hier lag in den letzten Jahren ein Schwergewicht in der Arbeit der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE). Sie hat u. a. eine Konferenz mit der Europäischen Kommission zu diesem Thema veranstaltet. Im Rahmen der Europäischen Ökumenischen Kommission für Kirche und Gesellschaft (EECCS), also des evangelisch-anglikanischen europäischen Netzwerks, lag der Schwerpunkt in den vergangenen Jahren auf Fragen der Bioethik, ebenfalls ein für die Zukunft ungewein wichtiges Arbeitsfeld. Wir haben uns dabei um Fragen wie die Patentierung oder Etikettierung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln gekümmert, um die Implikationen dieser Entwicklung für die Landwirtschaft wie um die Bioethik-Konvention des Europarates. Daß sich hier Schwerpunkte zum einen auf katholischer, zum anderen auf reformatorisch-anglikanischer Seite herausgebildet haben, bedeutet natürlich nicht, daß sich die jeweils andere Seite nicht auch dafür interessieren würde.

HK: Und wie steht es mit dem derzeit europaweit bedrängendsten Problem, der grassierenden Arbeitslosigkeit?

Tempel: Die Europäische Ökumenische Kommission befaßt sich derzeit intensiv mit der Frage nach der Zukunft von Arbeit, mit dem Stellenwert von Erwerbsarbeit, von gesellschaftlich notwendiger, aber nicht notwendigerweise bezahlter Arbeit usw. Dazu gab es mehrere Studien. Darüber hinaus erarbeiten Eurocaritas, Eurodiaconia, COMECE und EECCS gemeinsam im Rahmen des mittelfristigen Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft zur Sozialpolitik eine Studie zu Ausgrenzung und Armut. Es gibt also genügend Bereiche, wo die Kirchen in ihrem Engagement in und für Europa über den eigenen institutionellen Tellerrand hinausschauen und sich entscheidender Zukunftsfragen im europäischen Kontext annehmen.

HK: Lobbies und Lobbyisten gibt es in Brüssel bei den europäischen Institutionen in Hülle und Fülle. Sind die Kirchen bei ihren Bemühungen für die europäischen Akteure Lobbyisten wie alle anderen auch oder haben sie besondere Zugangs- und Einflußmöglichkeiten, über die andere Gruppen nicht verfügen?

Tempel: Die europäischen Institutionen sind noch mehr als die einzelnen Mitgliedsstaaten zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet. Vor diesem Hintergrund ist zunächst einmal nicht zu erwarten, daß den Kirchen spezielle Zugangsmöglichkeiten offen stehen. Aber neben den formalisierten, institutionellen Kontakten gibt es auch die menschliche Ebene: Bei Begegnungen geben sich Menschen häufig sehr schnell als Christen der einen oder anderen Konfession zu erkennen. Auf diese Weise kommt es zu Gesprächen und Verbindungen, die sich dann auch auf den Stellenwert von Kirche in den europäischen Institutionen positiv auswirken können. Das gilt für Mitarbeiter auf der Arbeitsebene ebenso wie für wichtige Führungspersönlichkeiten.

HK: Dabei fällt einem aus jüngerer Zeit vor allem der frühere Kommissionspräsident Delors ein...

Tempel: Jacques Delors ist ein überzeugter Katholik, der nicht zuletzt aus seinem Glauben heraus viel bewegt hat. Oder nehmen sie seinen Nachfolger Jacques Santer, wiederum ein Katholik, früher Ministerpräsident eines stark katholisch geprägten Landes. Auch ihm ist vermutlich durch seinen persönlichen Hintergrund bewußt, welche entscheidende Rolle die religiös-kirchliche Bindung für viele Menschen und damit auch für die Gesellschaft spielt. Noch einmal: Kirchen werden mit ihren Anliegen in den europäischen Institutionen nicht per se privilegiert behandelt. Die Europäische Union hat ja auch keine Verfassung, die nach der einen oder anderen Richtung das Verhältnis zu Kirchen und Religionsgemeinschaften festschreiben würde; allerdings gibt es die Europäische Menschenrechtskonvention als gemeinsame Basis. Und durch den Hintergrund und die durch den Glauben beeinflusste Motivation einzelner Akteure ist Christliches in Europa durchaus präsent.

„Die Kirchen liegen mit ihrem Engagement für ein soziales Europa völlig richtig“

HK: Auf nationaler Ebene, gerade auch in Deutschland, wird gelegentlich beklagt, es gebe immer weniger Politiker gerade in der jüngeren Generation, die mit der Kirche verbunden, im Christentum verwurzelt und damit auch auf entsprechende Anliegen ansprechbar seien. Macht sich dieser Trend auch auf der europäischen Ebene bemerkbar?

Tempel: Mit generellen Aussagen tue ich mich hier schwer. Aber von einem massiven Schwund des Interesses an Kirche und Christentum kann man nach meinen Beobachtungen nicht sprechen. Kürzlich war ich im Büro der Kommission für die Förderungsprogramme der mittel- und osteuropäischen Staaten PHARE und TACIS. Der zuständige junge Beamte fragte sehr interessiert, ob sich die Kirchen bei ihrem sozialpolitischen Engagement in diesen Ländern auch von spezifisch christlichen Motivationen leiten ließen. Auf meine Antwort, dem sei so, sagte er, das habe er doch auch erwartet. Ich kenne auch junge Europaabgeordnete, die aus innerster Überzeugung als Christen ihre Aufgaben angehen und daraus überhaupt kein Geheimnis machen.

HK: Vor einigen Jahren erschien eine EKD-Denkschrift mit dem Titel „Verantwortung für ein soziales Europa“. Insgesamt ist das Soziale ein Hauptakzent für das kirchliche Engagement im Blick auf den europäischen Einigungsprozeß. Man möchte einer Engführung auf das Ökonomische entgegenwirken und das sozialstaatliche Element gesamt-europäisch zur Geltung bringen. Finden die Kirchen mit diesem Anliegen denn auch Gehör?

Tempel: Durchaus. Das hat sich jetzt gerade in der Vorbereitung für die Regierungskonferenz zur Überprüfung des Ver-

trages von Maastricht gezeigt. Symptomatisch war nicht zuletzt das starke Echo, das der Konsultationsprozeß von evangelischer und katholischer Kirche in Deutschland hier in Brüssel gefunden hat. Das Interesse war groß, aus der Kommission wie aus dem Parlament, aus den Verbänden wie aus dem Rat. Ich meine, daß die Kirchen mit ihrem Engagement für ein soziales Europa zur Zeit völlig richtig liegen; sie haben auch viele Verbündete. So plädieren derzeit die Kirchen, aber auch die verschiedensten Verbände, von Arbeitgeberverbänden bis hin zu den britischen Gewerkschaften dafür, daß das sogenannte Sozialprotokoll im Anhang des Maastrichter Vertrags in den verbindlichen Teil des Gemeinschaftsrechts implementiert wird. Dieses Plädoyer hat bei den einzelnen Verbänden und Institutionen unterschiedliche Gründe, in der Zielrichtung besteht aber ein hohes Maß an Übereinstimmung. Ein Vorschlag zu dieser Implementierung, den die Kirchen erarbeitet haben, lag zunächst in der Grundsatzabteilung der für Sozialpolitik zuständigen Generaldirektion und hat zusammen mit anderen Eingang in die konkreten Empfehlungen der Kommission zur Regierungskonferenz gefunden.

HK: Das heißt also, daß kirchliches Engagement im Prozeß der europäischen Gesetzgebung durchaus Aussicht auf Erfolg hat, wenn es entsprechend sachkundig und beharrlich erfolgt...

Tempel: Im eben erwähnten Fall hatten die Kirchen Erfolg, weil sie sich die Mühe gemacht haben, einen konkreten Gesetzestext vorzuschlagen. Die für ein solches Vorhaben investierte Arbeit findet bei den zuständigen Stellen in Brüssel durchaus Anerkennung. Die entsprechenden Aktivitäten sind allerdings auf der nationalen Ebene, nicht zuletzt in den Kirchen, zu wenig bekannt. Die EKD und das Diakonische Werk haben aufmerksam die schwierigen Verhandlungen zum vierten Aktionsprogramm für Chancengleichheit verfolgt, das eine Zeitlang genauso auf der Kippe stand wie zuvor das Behindertenprogramm und das Armutsprogramm der Gemeinschaft. Glücklicherweise hat sich die EKD-Synode im vergangenen November mit der Sache befaßt und einen entsprechenden Beschluß verabschiedet, den ich wiederum in das europäische Verfahren einbringen konnte. Ich habe insgesamt zusehends den Eindruck, daß die Kirchen im Blick auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union die richtigen Themen besetzen und bin dann natürlich auch froh darüber, wenn es zu diesen Bemühungen Reaktionen und Rückmeldungen aus meiner Kirche gibt.

HK: Kirchliche Kritik am EU-Europa und seiner weiteren Entwicklung macht sich auch am Trend zur Abschottung dieses Europas gegenüber den Nöten und Anliegen der Entwicklungsländer fest. Mit einer „Festung Europa“ kann sich christliche Sozialethik wirklich nicht zufrieden geben. Aber sind wir auf dem Weg zu einer solchen Festung?

Tempel: Im vergangenen Jahr wurde der Europäische Entwicklungsfonds neu verhandelt, und es zeichnet sich deutlich ab, daß die Mitgliedsländer nicht mehr willens sind, die

Beiträge für diesen Fonds zu erhöhen. Einige Staaten wollen ihre Beiträge sogar reduzieren. Die europäischen Zusammenschlüsse kirchlicher Entwicklungsorganisationen sehen in dieser Entwicklung durchaus eine Gefahr und verstärken entsprechend ihre Aktivitäten. Es gibt die Sorge, daß der europäische Ansatz in der Entwicklungshilfe zugunsten nationaler und bilateraler Ansätze zurücktritt. Aber die Beziehungen Europas zur Dritten Welt beinhalten mehr als Entwicklungshilfe: Zunehmend geht es ja darum, den Ländern der Dritten Welt den Zugang zu den Märkten zu öffnen. Hier ergeben sich für die Europäische Gemeinschaft in den nächsten Jahren wichtige Aufgaben. Allerdings sind natürlich zuallererst die Mitgliedsländer gefordert: Wenn es im Ministerrat in entwicklungspolitischen Fragen keinen Konsens gibt, kann die Kommission nur mit Bedauern feststellen, daß bisherige Programme nicht fortgeführt werden können. Wir haben leider noch keine europäische Öffentlichkeit, deshalb werden die entsprechenden Fragen nach wie vor im nationalen Horizont diskutiert und übergreifende Perspektiven oft nicht genügend wahrgenommen.

„Immer mehr Institutionen möchten als europäische Akteure anerkannt werden“

HK: Die evangelische und katholische Kirche in Deutschland haben letztes Jahr eine Gemeinsame Stellungnahme zum Verhältnis von Staat und Kirche im Blick auf die Europäische Union vorgelegt, die dafür plädiert, die Kirchen im Recht der EU in ihrer Eigenart als religiöse Körperschaften zu behandeln und ihre Selbstbestimmung ausdrücklich anzuerkennen. Gleichzeitig laufen die Bemühungen um die Aufnahme eines eigenen Kirchenartikels in den Maastricht-Vertrag. Wie schätzen Sie die Chancen dieser kirchlichen Vorstöße ein?

Tempel: Es war wichtig, daß die Kirchen in Deutschland ihre Stellungnahme veröffentlicht haben. Für unsere Arbeit im Kontext der europäischen Institutionen erweist sich der Text als hilfreich, und seine Überlegungen sind vielfach auch positiv aufgenommen worden. Die Stellungnahme zählt ja Punkte auf, bei denen sich das sekundäre Europarecht entweder schon konkret auf die Kirchen und ihre Tätigkeit auswirkt oder Auswirkungen haben wird, die aus deutscher Sicht problematisch sind. Hier geht es beispielsweise um den Bereich der Wohlfahrtspflege, aber auch um den Schutz von Sonn- und Feiertagen im Arbeitsrecht, wobei im ersten Fall die Probleme größer sind als im zweiten: Die geltende europäische Richtlinie zu bestimmten Aspekten der Arbeitszeit überläßt den Mitgliedsstaaten die Entscheidung darüber, ob der Sonntag der wöchentliche Ruhetag ist oder nicht. Wenn wir das Subsidiaritätsprinzip ernstnehmen, können wir eigentlich nicht mehr verlangen. Schon daran zeigt sich, daß eine Stellungnahme wie die der deutschen Kirche fortgeschrieben und der aktuellen Entwicklung der europäischen Gesetzgebung angepaßt werden sollte.

HK: Wo besteht aus Ihrer Sicht schon jetzt Fortschreibungsbedarf?

Tempel: Ich denke hier etwa an den Bereich der Mitbestimmung. Dazu hat die Kommission eine neue Diskussionsgrundlage erstellt, in der man überlegt, ob es sinnvoll ist, in Richtung Europäischer Betriebsrat weiterzugehen. Es haben eben nicht alle Mitgliedsstaaten die nationalen Voraussetzungen dafür, um ein solches transnationales System zu implementieren. Mit dieser Frage sind wir hier derzeit beschäftigt, übrigens auch in evangelisch-katholischer Zusammenarbeit. Es kommt also darauf an, jeweils auf Veränderungen von kirchlicher Seite zu reagieren, ohne dabei die Grundlinien aus dem Auge zu verlieren. Dabei kann die Stellungnahme der deutschen Kirchen auf absehbare Zeit gute Dienste leisten.

HK: Und wie ist es mit dem Kirchenartikel, der ja schon auf der politischen Ebene in Deutschland nicht ganz unumstritten war und auch innerhalb der europäischen Kirchen nicht einheitlich bewertet wird?

Tempel: Die Sache ist lanciert. Die Bundesländer haben den Kirchenartikel in ihren Forderungskatalog für die Regierungskonferenz aufgenommen. Die COMECE hat im letzten Herbst hier in Brüssel eine Veranstaltung zum Thema abgehalten; in der Europäischen Ökumenischen Kommission für Kirche und Gesellschaft wurde der Vorschlag allen Mitgliedskirchen übermittelt und die inhaltliche Diskussion hat begonnen. Im Europäischen Parlament hat man das Anliegen zur Kenntnis genommen, wobei vereinzelt allerdings auch Kritik laut geworden ist.

HK: Woran macht sich dann die Kritik am Projekt Kirchenartikel fest? Gibt es im europäischen Apparat doch Tendenzen, die Kirchen in ihrer religiösen wie gesellschaftlichen Bedeutung zu unterschätzen bzw. auszublenden?

Tempel: Man erkennt durchaus an, daß sich die Kirchen auf europäischer Ebene in letzter Zeit zu vielen Bereichen mit gewichtigen Beiträgen zu Wort gemeldet haben. Einzelne kritische Stimmen halten ihnen aber vor, sie wollten gerade in einer Phase grundlegender Weichenstellungen für die Europäische Union vor allem ihre eigene Stellung verteidigen. Auch bei den Kirchen fallen die Bewertungen des Vorstoßes unterschiedlich aus; Minderheitskirchen haben hier – unabhängig von der Konfession – eine andere Sichtweise als Kirchen, denen die große Mehrheit einer Bevölkerung angehört, oder die in einem Land etwa gleich stark sind. Meines Erachtens ist es gut, daß der Vorschlag jetzt auf dem Tisch liegt; er trägt schon jetzt dazu bei, das Nachdenken über die Rolle der Kirchen in Europa voranzubringen. Im Vertrag kommen die politischen Parteien vor, die Wohlfahrtsverbände und die Sozialpartner, aber nicht die Kirchen. Gleichzeitig möchten immer mehr Verbände und Institutionen als europäische Akteure anerkannt werden; die Kirchen können hier nicht abseits stehen. Zu den Kernfragen der Regierungskonferenz dürfte die nach der Transparenz von Entscheidungsprozessen und dem Umgang mit

dem Bürger gehören. In diesen Zusammenhang paßt der vorgeschlagene Kirchenartikel recht gut. Was daraus wird, hängt vor allem davon ab, wieviele Regierungen sich den Vorschlag zu eigen machen werden.

HK: Sie sprachen von den unterschiedlichen Sichtweisen der Kirchen in den EU – Mitgliedsstaaten bei der Einschätzung der europäischen Entwicklung und ihrer Bedeutung für die Kirchen. Wenn ich recht sehe, ist die EKD die einzige Kirche, die in Brüssel ein eigenes Büro unterhält. Warum eigentlich?

Tempel: Als nationales kirchliches Büro gibt es tatsächlich nur das der EKD. Aber unsere Arbeit ist eingebunden in die anderer kirchlicher Institutionen. Wir sind nicht nur der EECCS räumlich unmittelbar benachbart, sondern nehmen auch an den internen Arbeitsprozessen der Ökumenischen Kommission teil. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß Themen, die unser Büro im Interesse der EKD behandelt, häufig auch in den Gesichtskreis anderer Kirchen rücken und wir sie auch diesen Kirchen zugänglich machen können. Das betrifft nicht zuletzt rechtliche, vor allem auch staatskirchenrechtliche Fragen. Außerdem arbeiten wir eng mit der Brüsseler Vertretung des Diakonischen Werks zusammen, die mit der von EURODIACONIA personell identisch ist. Damit ist die Verbindung zur europäischen Dimension evangelischer Diakonie gegeben.

„Die vor Ort tätigen Personen müssen möglichst vertrauensvoll zusammenarbeiten“

HK: Und wie sieht es auf dem Brüsseler Parkett derzeit mit der Zusammenarbeit zwischen katholischer Kirche und nichtkatholischen, speziell reformatorischen Kirchen aus? Die katholische Kirche ist anders strukturiert, der Heilige Stuhl pflegt ebenso Beziehungen zu den europäischen Institutionen wie die Europäischen Bischofskonferenzen. Inwieweit machen sich strukturelle und theologisch-sozialethische Unterschiede zwischen den Kirchen in der konkreten Arbeit bemerkbar?

Tempel: Entscheidend ist, daß die vor Ort tätigen Personen möglichst eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Bei den von der EECCS angestoßenen Begegnungen zwischen kirchenleitenden Personen und der Europäischen Kommission, die zweimal im Jahr stattfinden, war die COMECE ursprünglich nur Beobachter. Inzwischen sind EECCS und COMECE bei diesen Treffen gemeinsam Gesprächspartner für die Kommission. Die Informationsgespräche nach den europäischen Gipfeln finden für die verschiedenen kirchlichen Stellen gemeinsam statt; auch der Heilige Stuhl ist dabei vertreten. Dazu kommt, daß auch die Kontakte zur jeweiligen Ratspräsidentschaft gemeinsam von COMECE und EECCS vorbereitet und wahrgenommen werden. Das war bei der letzten deutschen Ratspräsidentschaft so wie bei

der ihr folgenden französischen. Im vergangenen Jahr wurde ein „comité mixte“ gegründet, in dem sich zweimal jährlich leitende Persönlichkeiten von COMECE und EECCS treffen, um die grundsätzlichen Fragen der Zusammenarbeit zu besprechen. Schließlich gibt es regelmäßige Treffen der deutschen Kirchenvertreter in Brüssel, zu denen dann auch Kollegen vom Katholischen Büro in Bonn kommen.

HK: Gibt es ungeachtet der guten institutionellen Zusammenarbeit nicht doch inhaltliche Differenzen bzw. Akzentunterschiede zwischen katholischem und evangelischem Europaengagement?

Tempel: Natürlich machen sich die Unterschiede in den sozialen Traditionen da und dort bemerkbar; aber bei den sozialpolitischen Forderungen im Blick auf Europa besteht zwischen den beiden Seiten ein hohes Maß an Übereinstimmung. Das zeigt ja auch der deutsche Konsultationsprozeß. Das heißt nicht, daß es nicht Bereiche gäbe, die entweder im Rahmen der EECCS oder des COMECE besonders intensiv bearbeitet würden. So liegt bei der Ökumenischen Kommission beispielsweise schon seit längerer Zeit ein Schwerpunkt auf Umweltfragen; sie hat jetzt ein Papier über das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie aus Anlaß des fünften Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Umweltpolitik erarbeitet, das kürzlich in einem Gespräch mit den damit befaßten Kommissaren behandelt wurde.

HK: Die katholische Kirche hat den Prozeß der europäischen Einigung von Anfang an aktiv begleitet und unterstützt, auf evangelischer Seite war man insgesamt deutlich zurückhaltender. Macht sich das heute noch in irgendeiner Weise bemerkbar?

Tempel: Ich bin jetzt seit fünf Jahren europäisch aktiv, zunächst in meiner Landeskirche, dann in Brüssel, und kenne die Szene inzwischen doch recht gut. Meiner Einschätzung nach ist das Verständnis für die europäische Dimension auf evangelischer Seite in den letzten Jahren spürbar gewachsen. Die läßt sich ebenso an den Denkschriften und Erklärungen zu Europa ablesen wie an den Ergebnissen der letzten Synode, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema befaßt hat.

HK: Den Kirchen gemeinsam ist der Verweis auf das christliche Erbe Europas, das es zu bewahren und für die heutigen europäischen Herausforderungen fruchtbar zu machen gelte. Was kann die Berufung auf das christliche Erbe Europas für die heutige Mitwirkung der Kirchen am Prozeß der europäischen Einigung austragen?

Tempel: Es reicht sicher nicht aus, dieses Erbe nur immer im Munde zu führen, ohne deutlich zu machen, was damit im Kern gemeint ist. Aber es gibt genügend Felder, auf denen die Erinnerung an das christliche Erbe Europas heute hilfreich sein kann. Ich denke beispielsweise an den Bildungsbereich, wo die Vernetzungen zwischen Bildungsinstitutionen und Wirtschaft immer enger werden. Hier sollten die Kir-

chen das christliche Verständnis einer ganzheitlich-humanen Bildung ins Spiel bringen, um so einer Verengung von Bildung auf die Anforderungen des Erwerbslebens entgegenzuwirken. Ähnliches gilt für das Rechtssystem: Es enthält viele Elemente aus der christlichen Tradition, die so selbstverständlich geworden sind, daß sie vielen nicht mehr als solche bewußt sind. Auch hier können die Kirchen dazu beitragen, daß die christlichen Wurzeln grundlegender Rechtsnormen nicht in Vergessenheit geraten. Auf andere Weise kann und muß sich das christliche Erbe Europas heute im Blick auf die Zukunftstechnologien wie etwa die Biotechnologie bewähren. Die Kirchen müssen sich hier auf die komplexe und schwierige Materie einlassen, um so ihre ethischen Anliegen mit der nötigen Kompetenz und Überzeugungskraft vorbringen zu können.

HK: Landesbischof Engelhardt hat in seinem Bericht bei der EKD-Synode von 1995 mit dem Schwerpunktthema Europa den Satz von Jacques Delors zitiert, Europa müsse eine Seele haben. Haben nicht Europaskepsis und Europaängste vieler Menschen letztlich damit zu tun, daß sie diese „Seele“ Europas vermissen und „Brüssel“ nur als riesigen Apparat mit immer mehr Programmen, Regelungen und Verordnungen wahrnehmen?

Tempel: Es reicht nicht aus, wenn Europa nur den Verstand anspricht, wenn ich nur deshalb für die Fortführung des Einigungsprozesses bin, weil er mir ökonomische oder andere Vorteile bringt. Europa muß für die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten zu einem Teil ihrer Identität werden. Was die Europäische Kommission mit ihren Bemühungen um größere Bürgernähe in der EU anzielt, ist die in rechtlich-bürokratischen Formeln ausgedrückte Suche nach einer größeren Nähe zwischen dem einzelnen Europäer und den europäischen Institutionen. Der Bürger muß spüren, daß Europa etwas mit ihm zu tun hat, etwa daß es eine Bereicherung bedeutet, mühelos Grenzen zu überschreiten und sich mit Menschen in anderen Ländern ohne bürokratische Hindernisse austauschen zu können.

„Es kommt heute darauf an, die großen Leitbegriffe mit Leben zu füllen“

HK: Und welche Rolle können die Kirchen dabei spielen?

Tempel: Es gibt ein Programm mit dem Titel „Europa eine Seele geben“, das bei der EECCS in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission für die Kirchen verwaltet wird, zu dem aber alle Kirchen und Religionsgemeinschaften Zugang haben. Im Rahmen dieses Programms sollen zukunftsweisende Projekte bezuschußt werden, die etwas mit Identitätsstiftung zu tun haben. Das Programm ist 1995 angelaufen und muß sich jetzt bewähren: Wir warten auf gute kirchliche Projekte, die sich auf die eine oder andere Weise mit dem Beitrag von Religion zur Identitätsbildung befassen. Ich hoffe natürlich, daß das Programm in den Kirchen

Resonanz findet und seinen Teil zur europäischen Bewußtseinsbildung leistet.

HK: Die kirchliche Arbeit bei den europäischen Institutionen mit ihren Programmen, Kontakten und Gremien ist von der Erfahrungswelt normaler Kirchenmitglieder bei uns und anderswo ziemlich weit entfernt. Gleichzeitig geht es dabei aber um Fragen, die sich direkt oder indirekt bis in den kirchlichen Alltag hinein auswirken. Wie läßt sich eine Rückkoppelung zwischen den verschiedenen Ebenen erreichen oder verstärken?

Tempel: Interesse an der kirchlichen Arbeit im Kontext der EU gibt es durchaus. Wir spüren das bei den Besuchergruppen, auch aus Gemeinden, die unser Büro jedes Jahr betreut. Natürlich bestehen regionale Unterschiede: So ist im Bereich der EKD das Interesse für Europa in den Gliedkirchen entlang des Rheins stärker ausgeprägt als anderswo; für die Protestanten in den neuen Bundesländern, die vor fünf Jahren Bundesbürger und gleichzeitig Unionsbürger geworden, ist die Distanz zu Europa verständlicherweise noch weit größer. Ihnen fehlt die Erfahrung von dreißig Jahren, in denen es in Westdeutschland im Verbund der Europäischen Gemeinschaft aufwärts ging. Das Bewußtsein für die Bedeutung der europäischen Dimension sollte aber in allen Glied-

kirchen der EKD und überhaupt in den Kirchen weiter wachsen, bis hin zu direkten Kontakten von Kirchengemeinden aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten oder zum Jugendaustausch. Man muß den Menschen bewußt machen, daß vieles, was in Europa heute zur Normalität geworden ist, in einem langen und oft mühsamen Prozeß von Völkern und Staaten entwickelt und verwirklicht wurde.

HK: Die Kirchen müßten also das in ihrer Macht stehende tun, damit Ressentiments und Skepsis gegenüber dem in vieler Hinsicht noch unfertigen Projekt Europa nicht weiter zunehmen...

Tempel: Es wäre schön, wenn in den Kirchen die Wirkung des konziliaren Prozesses spürbar bliebe, der in die Europäische Ökumenische Versammlung von Basel an Pfingsten 1989 mündete. Vieles von dem, was in Basel diskutiert und beschlossen wurde, wird in Europa eigentlich jetzt erst relevant. Es kommt gerade heute darauf an, die großen Leitbegriffe wie den der Versöhnung mit Leben zu füllen. Wenn es nicht bei kurzfristigen Aufbrüchen bleiben soll, müssen sich die Kirchen bis hinunter auf die Gemeindeebene in den europäischen Einigungsprozeß einschalten, und dazu beitragen, daß das bisher Erreichte nicht verspielt wird und die anstehenden nächsten Schritte erfolgreich gegangen werden.

Kommunitarismus zum Mitmachen

Etzioni erklärt das Programm der politisch-sozialen Bewegung

Die sozialphilosophische Debatte, die seit den achtziger Jahren in den USA unter dem Stichwort „communitarianism“ geführt wird, hat auch in Deutschland bisher einige Aufmerksamkeit geweckt. Der in Washington D.C. lehrende Soziologe Amitai Etzioni hat mit „The Spirit of Community“ das Programm und die Ideen des Kommunitarismus als Bewegung vorgestellt. Eine deutsche Ausgabe ist unter dem Titel „Die Entdeckung des Gemeinwesens“ Ende des vergangenen Jahres erschienen.

In Deutschland widmen sich seit einigen Jahren Soziologen, Politologen und Philosophen in unzähligen Veröffentlichungen, auf Kongressen und Tagungen der modernen, der liberalen oder spätliberalen Gesellschaft, die – so die vielfach gestellte Diagnose – mitten in einer *Krise der sozialen Integration* steckt. Immer häufiger werden die verschiedenen Krisensymptome aber auch zum Gegenstand der politischen Rhetorik, nicht zuletzt, da die Herkulesarbeit der Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands eben jene Krise sozialer Integration wie unter einem Brennglas hat deutlich werden lassen.

Quer durch die Parteienlandschaft und über alle ideologischen Gräben hinweg wird die bange Frage gestellt, was die Gesellschaft eigentlich noch zusammenhalte. Allgegenwärtig sind die Verlustmeldungen: Es mangelt in unserer Gesell-

schaft am nötigen Gemeinsinn, das Gemeinwohl bleibt auf der Strecke, Solidarität erodiert. Dahrendorfs „Ligaturen“ erfreuen sich hoher Wertschätzung. Von allen Seiten schallt der Appell zu bürgerschaftlichem Engagement, der Ruf nach neuem Sozialkitt. Das Schlagwort der „Zivilgesellschaft“ hat Konjunktur. Der Aufbau einer „zivilgesellschaftlichen“ Demokratie, die „Bürgergesellschaft“ werden als Heilsweg beschworen.

Die heftig entbrannte Debatte über die Gefahr eines die Gemeinschaft zerstörenden, exzessiven Individualismus und den Wert sozialer Bezüge hat auch bei deutschen Intellektuellen die Aufmerksamkeit für eine in den USA schon seit den Achtzigern geführte Debatte geweckt, die eben diese Probleme und Fragen zum Gegenstand hat. „Kommunitarismus“ lautet die (gelegentlich des „-ismus“ wegen als wenig